Cottbuser Herzblatt
Chośebuska wutšobka
Die linke Zeitung aus der roten Ecke
18. Jahrgang / Nr. 11 (219) November 2010 Bitte 0,75 Euro spenden

In dieser Ausgabe

Seite 5: Pervertierte Pressefreiheit...

Seite 7: Ist Gesundheit eine Ware?

Seite 15: Dankeschön aus Bogatynia

Rede von Jürgen Maresch auf der Gesamtmitgliederversammlung:

Wir werden in der Öffentlichkeit wahrgenommen

Auf der Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN Cottbus am 16. Oktober zog Jürgen Maresch, Ortsvorsitzender, eine erfolgreiche Bilanz der Arbeit der LINKEN in Cottbus.

„Unser nun wieder organisiertes Sommerfest sei ein Erfolg gewesen, denn wir konnten unsere Vorsitzende Gesine Lötzsch begrüßen, die für viele unserer Fragen Rede und Antwort stand", erklärte er. „Besonders von Bedeutung sei", so Jürgen Maresch, „dass wir als DIE LINKE. in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Doch das sei nicht genug: Mitgliederwerbung sei auch, wenn wir unsere Alternativen zur neoliberalen Politik aufzeigen und für unsere Standpunkte streiten. Mit 543 Mitgliedern sind wir eine politische Kraft, aber für die aktive Mitgliederwerbung müssten wir auch neue Wege gehen, zum Beispiel Ausstellungseröffnungen in den Räumen der Kreisgeschäftsstelle. Auch auf diese Weise könnte unsere Politik der Bevölkerung nahe gebracht werden."

Jürgen Maresch blickte zurück auf eine ganze Reihe von vielfältigen Aktionen: Die Jugend organisierte Veranstaltungen zur Geschichte der DDR, es gab Podiumsdiskussionen mit unserem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Neskovic, die erfolgreiche Fortsetzung der Arbeit der IG- und AG`s, Bürgergespräche und Infostände mit mir und zahlreiche Besuche im Wahlkreis. Als überaus wichtig sah Jürgen Maresch die ehrenamtliche Arbeit vieler GenossInnen in Ortsbeiräten, Bürgervereinen, Stiftungen, Vereinen usw. an. Er forderte, diese wichtige Basisarbeit unbedingt fortzusetzen.

Jürgen Maresch wertete die Kooperation der LINKEN hier in Cottbus mit der SPD sowie die rot-rote Koalition in Brandenburg als große Herausforderung für unsere Partei, sich unmittelbar an der Regierung zu beteiligen. Unter den Aspekten der Welt- und Finanzkrise sei das Regieren allerdings oft unendlich mühevoll. Gerade im massiv überschuldeten Cottbus könne man eigentlich nur noch reagieren statt agieren – jedenfalls im finanziellen Bereich. Die Ursachen lägen einerseits in bundespolitischen Entscheidungen und andererseits bei politischen Fehlentscheidungen in der Stadtpolitik in den vergangenen Jahren.

Ausdrücklich dankte Jürgen Maresch für die ehrenamtliche harte und aufopferungsvolle Tätigkeit unserer Cottbuser Abgeordneten und sachkundigen BürgerInnen. Ihnen gebühre großer Dank.

Er nahm auch Bezug auf die Ereignisse im Zusammenhang mit den beiden NPD-Abgeordneten in Cottbus. Als er dagegen protestierte, dass die Beiden anlässlich einer Gedenkminute für die Opfer des Faschismus einfach sitzen blieben, wurde er massiv bedroht. Für die Solidarität, die er in dieser Zeit von vielen GenossInnen erfuhr, ist er sehr dankbar. Er forderte uns jedoch auf, weiterhin wachsam zu sein gegenüber den Nazis und deren verbrecherische Ideologie zu bekämpfen: „Weil sie nicht zu tolerieren sind! Weil die NPD verboten gehört!"

Jürgen Maresch würdigte auch die gute Zusammenarbeit des Ortsvorstandes mit den anderen Gremien, beispielsweise dem Kreisvorstand, der Fraktion und anderen. Er bedauerte, dass es noch nicht gelungen sei, in Cottbus eine AG Soziales zu gründen und rief noch einmal alle dazu auf, in einer solchen AG mitzuarbeiten.

Herzlich bedankte er sich für das Engagement der Genossin Herta Venter, die gemeinsam mit anderen MitstreiterInnen der AG Geschichte eine Ausstellung zur Geschichte des Frauenzuchthauses Cottbus während der Nazizeit auf die Beine stellte. Er plädierte dafür, dass die Geschichte des ehemaligen Cottbuser Gefängnisses allseitig und umfassend aufgearbeitet wird und nicht nur auf die Zeit nach 1945 reduziert wird. Dafür muss sich DIE LINKE. in Cottbus einsetzen.

Jürgen Maresch bedauerte, dass bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten vieles, was in der DDR gut und richtig war, einfach abgeschafft wurde.

Der gegenwärtigen Politik der schwarz-gelben Bundesregierung stellte Jürgen Maresch ein Armutszeugnis aus.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Rede von Jürgen Maresch auf der Gesamtmitgliederversammlung:

Wir werden in der Öffentlichkeit wahrgenommen

(Fortsetzung von Seite 1)

Bei der Gesundheitsreform fürchtet er den Verlust jeglichen Solidaritätsgedankens und fatale Folgen für die Schwächsten der Gesellschaft.

Ebenso prangerte er die Trickserei bei der Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze, insbesondere bei Kindern, an. Er entlarvt das geplante „Bildungs- und Teilhabepaket“ als große Lüge. Überhaupt würden die geplanten Erhöhungen finanziert von den Betroffenen selbst – nämlich von Eltern mit Kleinkindern durch die Streichung des Elterngeldes. Das Ganze sei fernab jeglicher Realität und ein Hohn für die Hartz-IV-Empfänger.

Zur gegenwärtigen Politik der BRD-Regierung in Afghanistan sagte Jürgen Maresch abschließend: „Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt. Die Bundeswehr muss raus aus Afghanistan!“ Denn Krieg sei nicht die Lösung für die Probleme in diesem Lande.

Jürgen Maresch würdigte die bisherige Arbeit der brandenburgischen Landesregierung: Landesvergabegesetz, Einstieg in den Öffentlich Geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS), Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kitas, die Einführung eines Schüler-Bafögs, welches – zumindest bis Jahresende – nicht auf den Hartz-IV-Regelsatz angerechnet wird, und Einiges mehr.

Mit der anstehenden Polizeireform in Brandenburg ist Jürgen Maresch in dieser Form nicht einverstanden. Man kann, so meinte er, nicht 1900 Stellen bis 2020 bei der Polizei streichen und gleichzeitig versprechen, dass es zu keinen Einschränkungen bei der polizeilichen Arbeit kommen wird.

Jürgen Maresch lobte die aktive Mitwirkung vieler GenossInnen an der Programmdiskussion und an der Ausarbeitung eines Leitantrages, der auf dieser Gesamtmitgliederversammlung auf der Tagesordnung stand.

Abschließend zitierte Jürgen Maresch einen chinesischen Philosophen: „Wer das Ziel kennt, kann entscheiden! Wer entscheidet, findet Ruhe! Wer Ruhe findet, ist sicher! Wer sicher ist, kann überlegen! Wer überlegt, kann verbessern!“

In diesem Sinne also versprach der Ortsvorsitzende, weiterhin alles in seiner Machtstehende zu tun, um DIE LINKE. in Cottbus auch weiterhin als bestimmende politische Macht voran zu bringen.

Sigrid Mertineit

Wir stecken den Kopf nicht in den Sand

Aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden, André Kaun

Nach nunmehr zwei Jahren blickte der Fraktionsvorsitzende André Kaun auf eine gute Fraktionsarbeit zurück.

Trotz der schwierigen finanziellen Lage in Cottbus habe sich eine positive Grundstimmung entwickelt und die Fraktion sei ein gutes arbeitsfähiges Team geworden. Mehrere Mandatsniederlegungen durch Wegzug, berufliche und private Veränderungen mussten durch Nachrücker ausgeglichen werden.

Allerdings, so berichtete er, habe sich nun der Altersdurchschnitt der Fraktion von 48 auf 55 Jahre erhöht und die Frauenquote sei von 50 Prozent auf nur noch 30 Prozent gesunken.

Es sei eben schwierig, junge Leute als Stadtverordnete langfristig aufzubauen. Dasselbe gilt auch für die Besetzung in den Ausschüssen mit sachkundigen Einwohnern. André Kaun sprach in diesem Zusammenhang den Genossen Peter Pollack, Hans-Holger Lange, Steffen Picl und Stefan Knöfel seinen besonderen Dank für ihre ehrenamtliche Tätigkeit als sachkundige Einwohner aus.

Er rief alle GenossInnen und Sympathisanten auf, aktiv in der Kommunalpolitik mitzuwirken. Die Fraktionssitzungen seien immer öffentlich!

Die Zusammenarbeit mit unserem Kooperationspartner SPD/Grüne hat sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt. Zwölf gemeinsame Anträge zu Schwerpunktaufgaben wurden eingebracht – insbesondere zum Haushalt 2010 und 2011.

Ein Störfaktor, so André Kaun, ist immer wieder der Oberbürgermeister. Oft versucht er, Kompromisse mit der Fraktion CDU/FDP/FL einzugehen und wischt die vorher gemeinsam ausgehandelten Standpunkte mit der SPD vom Tisch. Daran muss noch gearbeitet werden.

Neben viel Kleinarbeit gibt es zwei Schwerpunktthemen in der Fraktionsarbeit: Die (prekäre) Finanzsituation der Stadt und die Entwicklung des ÖPNV.

Mit Sorge blickte der Fraktionsvorsitzende auf die derzeitige und zukünftige finanzielle Situation der Stadt: Allein bis zum Jahresende gähnt im Stadtsäckel ein Loch von 58 Millionen Euro. Und das Loch wird größer werden in den nächsten Jahren. Einsparmöglichkeiten gibt es kaum noch und vom Schuldenabbau aus eigener Finanzkraft kann nicht die Rede sein.

Wie schon der Ortsvorsitzende Jürgen Maresch benannte auch André Kaun die Ursachen für die Schieflage: Neben Eigenverschulden durch Fehlentscheidungen früherer Jahre ist ganz klar die Bundespolitik Schuld an der Misere, indem den Kommunen Aufgaben übertragen wurden, ohne die erforderliche Finanzausstattung. Hinzu kommen noch neu übertragene Aufgaben vom Bund nach den Sozialgesetzbüchern. Gegen diese ruinöse Politik muss durch die Kommunen Widerstand geleistet werden. Derzeit wird geprüft, ob und wie eine Klage gegen die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen möglich ist.

André Kaun berichtete auch, dass die Stadt Cottbus aus dem Liquiditätsfonds des Landes eine Finanzhilfe von zehn Millionen Euro beantragt hat, um Darle-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Wir stecken den Kopf nicht in den Sand

Aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden, André Kaun

(Fortsetzung von Seite 2)

hen von Kommunalunternehmen abzulösen. An diese Hilfe sind jedoch harte Auflagen durch die Kommunalaufsicht geknüpft. Da ist es schwer, linke Politik zu machen...

Trotzdem: Kommunales Eigentum wird nicht verkauft, die Grün- und Parkanlagen bleiben in städtischer Hand und Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich sind tabu! Am neuen Konzept für den ÖPNV in Cottbus wird noch gearbeitet, auch Studien zur Netzerweiterung der Tram wurden in Auftrag gegeben. Die Umsetzung steht und fällt jedoch letztendlich mit den Finanzen.

Zum Schluss sprach André Kaun seinen besonderen Dank an die Fraktionsmitglieder aus, an den Fraktionsvorstand, die sachkundigen Einwohner und die Ausschussvorsitzenden, Karin Kühl, Jürgen Maresch und Eberhard Richter.

„Die Zukunft", so der Fraktionsvorsitzende abschließend, „sieht nicht rosig aus, aber wir stecken den Kopf nicht in den Sand, sondern versuchen, das Beste draus zu machen! In diesem Sinne also – weiter so und viel Erfolg!"

Sigrid Mertineit

Aus der Diskussion

Viel Erfreuliches zu berichten

Reinhard Loeff nannte die Klage der Stadt Cottbus gegen die mangelhafte Finanzausstattung ihr übertragener Aufgaben ein Armutszeugnis für den Bund. Solange Bürger im Osten des vereinten Deutschland mit der Unterstellung diffamiert werden, im Unrechtstaat gelebt zu haben, ist hier kein Vertrauen in die konservative Regierungskoalition und ihre Beschlüsse.

Joachim Masula, Sprecher der AG Senioren: Wir haben in den Reden des Ortsvorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN Klarheit in der Bilanz und Orientierung erlebt. Das gibt uns Kraft und Mut.

Da viele betagte Mitglieder seltener zu Beratungen kommen, werden in den BO die persönlichen Gespräche bei Verteilung des „Herzblattes" wichtiger.

Vorschläge, wie wir mit konkreten und originellen Aktionen mehr in die Öffentlichkeit kommen, so zur Gesundheitskampagne im Kreisverband DIE LINKE, regte **Günter Düring** an. So mit den Trageschildern bei der Demo im Kreis laufend oder gegen die Kopfpauschale mit „Notgeld" der Städte wie aus der Geldentwertung vor rund hundert Jahren. Er griff zur Gitarre und stimmte den satirischen Song an: „Wir sitzen alle im selben Boot." Der Saal stimmte mit ein.

Zur bereits im „Herzblatt" angekündigten Diskussionen über den 1. Entwurf Programm der Partei DIE LINKE. und über Chancen der Veränderung in Lateinamerika Anfang November mit namhaften Referenten lud **Dr. Dietrich Loeff** im Namen der IG Politische Bildung aktive Mitglieder und auch interessierte Sympathisanten ein.

Werbewirksam als „Cottbuser Postkutscher" und vor Ort aktiv als Gemeindevertreter (einer von drei) unserer Partei in der Großgemeinde Kolkwitz konnte **Joachim Schröpfer** Erfreuliches berichten: Trotz vieler Zwänge hat Kolkwitz jetzt einen ausgeglichenen Haushaltsplan mit einigen sozial gerechten Investitionen.

Walter Schulz

Als neues Mitglied mit jugendlichem Schwung dabei: Bianca Gloria Bärsch
Fotos: Dieter Brendahl

Zum Leitantrag des Ortsverbandes Cottbus

Wer gibt Wem?

Auf Mehrheitsbeschluss der Mitgliederversammlung, der Empfehlung des Ortsvorstandes folgend, verwenden wir im Leitantrag den Begriff „Arbeitgeber".

Arbeitgeber im Sinne des umgangssprachlichen (auch gewerkschaftlichen) Gebrauches ist derjenige, der Arbeit gibt. Und zwar gibt er diese dem Nehmenden (Arbeitnehmer). Somit wird uns sprachlich vorgegaukelt, dass der Eine etwas hat (Arbeit) und davon mehr oder weniger großzügig dem Anderen etwas (ab)gibt. Ohne den gebenden Geld- und Arbeitbesitzenden geht es nie und nimmer nicht.

Bei einem Herrn Karl Marx können wir in seinem Werk „Das Kapital" seit 1867 (und dies ist auch heute noch in vielen Lehreinrichtungen auf dem Gebiet der Ökonomie ein Standardwerk) nachlesen: „In allen Ländern kapitalistischer Produktionsweise wird die Arbeitskraft erst gezahlt, nachdem sie bereits während des im Kaufkontrakt festgesetzten Termins funktioniert hat, z.Bsp. am Ende jeder Woche. Überall schießt daher der Arbeiter dem Kapitalisten den Gebrauchwert der Arbeitskraft vor; er lässt sie vom Käufer konsumieren, bevor er ihren Preis bezahlt erhält. Überall kreditiert daher der Arbeiter dem Kapitalisten. Das dies Kreditieren kein leerer Wahn ist, zeigt nicht nur der gelegentliche Verlust des kreditierten Lohns beim Bankrott des Kapitalisten..."

Und vorher hat er geschrieben: „Zur Verwandlung von Geld in Kapital muss der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden. Frei in dem Doppelsinn, dass er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, dass er andererseits andre Waren nicht zu verkaufen hat..."

Also gibt doch in Wahrheit und Wirklichkeit der sogenannte Arbeitnehmer dem sogenannten Arbeitgeber seine Ware (Arbeitskraft).

Zugegebener Maßen etwas einseitig betrachtet, stellt sich doch die Frage: Wenn der Arbeitgeber aber gar nichts hat, was er vergeben kann, wozu brauchen wir ihn eigentlich dann? Damit sind wir in der Diskussion unseres Parteiprogramms angekommen. Viel Spaß beim diskutieren wünscht Euch *Gerd Bzdak*

Regionalkonferenz in der Spreewaldstadt Lübbenau

Ein Jahr ROT-ROT - Eine achtbare Bilanz?

November 2009: Kerstin Kaiser und Matthias Platzeck unterzeichnen den Koalitionsvertrag

Nach 20 Jahren konstruktiver Opposition ist die brandenburgische Partei DIE LINKE. seit November 2009 Regierungspartei.

Nunmehr sind Fraktionsspitze und Minister der Linkspartei im Lande auf Regionalkonferenzen unterwegs, um zu berichten, zu diskutieren und zu bilanzieren: Was ist in diesem ersten LINKEN Regierungsjahr schon geschafft, angestoßen oder gar schon verwirklicht worden und wo sind noch Defizite, Haken und künftige Baustellen?

Ja – und eine dieser Regionalkonferenzen fand am 23. Oktober in der Spreewaldstadt Lübbenau statt. Von ihr soll an dieser Stelle Zeugnis abgelegt werden.

Die Fraktionsvorsitzende **Kerstin Kaiser** erklärte anfänglich, wir haben eine Menge gelernt, arbeiten und es macht uns noch Spaß. Hierbei sei stets das Wahlprogramm der Kompass. Des Hervorhebens wert fand sie, dass nach der Umfrage im Sommer der Zuspruch für ROT-ROT gewachsen war und die Front der Ablehnung gegenüber der neuen Koalition abgenommen hat. Auch DIE LINKE. hat nicht an Wählerzuspruch verloren, sondern konnte ihn halten. Die Minister der Linkspartei werden sogar als kompetente Leistungsträger gesehen. Das ist doch schon mal schön, aber natürlich kein Grund sich zurückzulehnen.

Konkret konnte Kerstin Kaiser ihre Ausführungen unter anderem mit folgendem krönen: Der Betreuungsschlüssel für Kita-Erzieher und Lehrer wurde verbessert. Es wurden mehr Sozialrichter eingestellt, um der Verfahrensflut wieder besser Herr zu werden. Gesichert wurden die Standorte der Amtsgerichte. Geschafft wurde der Einstieg in die öffentlich-geförderte Beschäftigung (ÖBS). Ein Gesetzentwurf über ein Vergabegesetz, wo öffentliche Aufträge nur zu Mindestlohn-Bedingungen zu haben sind, ist in Arbeit. Ferner ist die Residenzpflicht für Asylbewerber gefallen und der Verfassungsschutz verliert ein Drittel seiner Stellen.

Auch friedenspolitisch konnten LINKE-Akzente gesetzt werden, indem sich Brandenburg nicht mehr an der Polizeiausbildung in Afghanistan beteiligt.

Gemeinsam mit Berlin plant man eine Bundesratsinitative für mehr Steuergerechtigkeit. Stichworte hierfür: Anhebung des Spitzensteuersatzes, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, sozial gerechte Anpassungen der Erbschaftssteuer.

In der Wahrnehmung der Oppositionsrolle scheint die Jetzige mehr von der Rolle zu sein. Denn, so die Vorsitzende der regierenden LINKE-Fraktion, die wollen nur Krawall, wobei die GRÜNEN bei dieser Bewertung noch mit einem blauen Auge davonkamen. Dort gibt es nämlich noch ernsthafte Ansätze für Konstruktives. Aber die Rest-Opposition will uns LINKE einfach nur weg haben. Dazu passt meines Erachtens ein Wort des langjährigen französische Präsidenten Jacques Chirac: „Es ist die Aufgabe der Opposition, die Regierung abzuschminken, während die Vorstellung noch läuft.“ In Brandenburg scheint das anders zu sein. Da ist die Regierung dabei, die Opposition abzuschminken, während die Vorstellung noch läuft.

Dabei gibt es durchaus auch innerhalb der Linkspartei strittige Fragen und Probleme. Und die kamen auch auf diesem Forum zur Sprache. Wieder wurde dabei deutlich: Wir LINKE sind nicht erst jetzt oft selbst unsere härtesten Kritiker. Vor allem betraf das die Energiepolitik. Die erklärte Absicht und auch schon vorgenommene politische Weichenstellungen in Richtung Vorrang der erneuerbaren Energien gingen Manchen nicht weit genug. Andererseits will wohl auch Niemand ein Windrad unmittelbar vor seiner Haustür. Mit dieser Crux muss auch LINKE-Politik nun umgehen. Gar nicht so einfach!

Heiß diskutiert war auch das Für und Wider der Polizeireform. Ebenso wurde die prekäre Haushaltslage des Landes thematisiert, was natürlich nicht isoliert von der politischen Bundes-Schuld geschah. Politik kennt eben klare Verantwortlichkeiten und die gehören benannt. DIE LINKE. hat das immer getan.

Laut und energisch appellierte Ministerin **Anita Tack** dann auch, der Gesundheitsreform ihres Bundesminister-Kollegen Philipp Rösler von der Vier-Prozent-Partei FDP entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Noch einmal zurück zu Kerstin Kaiser, die da noch mahnte, nicht die programmatische Arbeit zu vergessen sowie über das gültige Wahlprogramm hinaus zu denken. Das schon in der Oppositionszeit erarbeitete Leitbild 2020 solle fortgeschrieben werden.

Soweit so gut. Kommen wir daher kulturvoll zum Schluss und zitieren den US-amerikanischen Schriftsteller Erskine Caldwell. Er sagte: „Eine gute Regierung ist wie eine geregelte Verdauung; solange sie funktioniert, merkt man von ihr kaum etwas.“ Tja - eine gute Regierung scheint Brandenburg zu haben, denn sie arbeitet und funktioniert.

Auch wenn nicht alles gelungen sein mag, auch wenn es nicht frei von Konflikten war, die erste Jahresbilanz von ROT-ROT ist durchaus achtbar. Gerade auch mit Zutun des LINKEN-Partners der Koalition ist das Land in manchen Bereichen schon heute merkbar ein anderes, besseres...

René Lindenau

Aus meiner Sicht

Pervertierte Pressefreiheit...

...und wie Medien sie politisch missbrauchen

Wenn man der deutschen Einheit politisch etwas Positives abgewinnen will, so ist es die Meinungs- und Pressefreiheit. Wer wie ich über 20 Jahre im DDR-Journalismus zu Hause war, weiß diesen universellen Wert besonders zu schätzen. Jegliche Kritik an Partei und Regierung kamen fast einem Vergehen gleich, und Mängel und Schwächen wollten wir mit Erfolgspropaganda im „Vorwärtsschreiten" überwinden. Wie oft haben wir uns mehr Meinungs- und Polemikspielraum für unsere Beiträge gewünscht. Heute wissen wir: Die DDR ist auch an diesen politischen Defiziten gescheitert. Persönliche Mitschuld daran muss jeder von uns entsprechend seiner politischen Verantwortung tragen.

Dass ich heute ohne Selbstzensur und mögliche Konsequenzen im „Herzblatt" das schreiben kann, was mir auf der Seele brennt, halte ich durchaus für eine Errungenschaft. Und es beeindruckt schon, wie unverhüllt mitunter hierzulande in den Medien mit Problemen und Autoritäten umgegangen wird.

Allerdings nur solange man nicht intensiv hinter die Kulissen schaut. Und da zeigt sich sehr schnell, dass es keine Meinungs- und Pressefreiheit an sich gibt. Sie wird geprägt von den gesellschaftlichen Verhältnissen, den politischen und ökonomischen Sachzwängen. Das war in der sozialistischen DDR so und ist in der kapitalistischen BRD nicht anders.

Standen damals die Medien unter der „Fuchtel" der Partei, ist es jetzt die „Knute" der profitorientierten Marktwirtschaft. Heute geht es in den Medien vorrangig um Wettbewerbsvorteile, um Quoten, Auflagenhöhen und Werbeeinnahmen. Das sind für sie nunmehr die grundlegenden Existenzfragen. Ihnen sind Inhalt und Form zu- beziehungsweise untergeordnet, die Journalisten entsprechend dressiert.

Daraus erwächst die ständige Gier nach Sensationen, nach „Brüllern" wie es redaktionsintern heißt. Und dann wird zum Beispiel aus der dramatischen Rettungsaktion der chilenischen Bergleute eine Reality-Show gemacht, kramt man als Schmutzfinken in der Intimsphäre von Wetterfrosch Kachelmann, um möglichst viele schlüpfrige Details zu erhaschen. Da wird vermutet, spekuliert, unterstellt, gelogen - alles unter dem Mantel der Meinungs- und Pressefreiheit.

Klar, der naive Otto-Normalleser findet so etwas sehr spannend und „aufschlussreich" und fühlt sich gut unterhalten. Mit seriösem Journalismus allerdings hat das nichts zu tun. Besonders schmutzig wird die Angelegenheit, wenn Medien kraft ihrer öffentlichen Präsenz aus persönlichen und politischen Motiven ihnen missliebige Personen „abschießen" wollen. Gregor Gysi, den „Bild" und „Spiegel" schon seit Jahren wegen angeblicher Stasi-Zusammenarbeit - allerdings vergeblich - jagen, kann ein Lied davon singen.

Artikel 5 Grundgesetz

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Aktuellstes Beispiel ist der erzwungene Rücktritt von Rainer Speer als Brandenburger Innenminister. Obwohl es bis dato keine konkret bewiesenen Vorwürfe gegen ihn gab, wurde er solange unter ständigem Mediendruck gehalten, bis er schließlich das Handtuch warf. Äußerlich ein sehr robuster Typ, konnte er der psychischen Belastung einfach nicht stand halten. Es ist zu vermuten, dass der eigentliche Schuss Ministerpräsident Platzeck gilt, dessen rot-rote Koalition vielen Meinungsmachern ein Dorn im Auge ist.

Manfred Stolpe, zu seiner Amtszeit als Ministerpräsident jahrelang auf der „Abschussliste" des Nachrichtenmagazins „Spiegel" (es soll von Journalisten sogar ein Kopfgeld auf seinen Sturz ausgesetzt worden sein), weiß wovon er spricht, wenn er die Methoden einiger Medien scharf kritisiert. Diese seien „brutal" und „kriminell". Offenbar sei das Interesse (oder der Druck?) an schnellen, „bösen" Nachrichten heute noch viel ungezügelter. „Da ist eine neue Qualität des Missbrauchs von Medienarbeit eingetreten". Und das – so Stolpe –stelle Fragen an die Pressefreiheit. Vorsichtig ausgedrückt.

Und die „Lausitzer Rundschau" mischt dabei kräftig mit. In der Redaktion scheint ein Zettel mit sämtlichen Namen der rot-roten Regierung zu kursieren. Hinter Speers Namen ist nun ein Häkchen: erledigt. Wer ist als Nächster dran? Wen gedenkt man jetzt mit einer neuen Medienkampagne „wegschreiben" zu können, wie es innerredaktionell salopp heißt.

Federführend dabei ist der „Chefkorrespondent" der LR, auf dessen privaten Spickzettel offensichtlich jetzt Ministerpräsident Platzeck steht. Er hat ihn sich nach Speer nunmehr als persönliche Trophäe ausgesucht.

Man muss kein Freund von Matthias Platzeck sein, um zu erkennen, dass es hierbei um einen widerwärtigen und abstoßenden, rein persönlich motivierten Rachefeldzug geht. In all seinen Kommentaren lässt er auch nicht ein gutes Haar an dessen politischer Arbeit. Bar sachlicher Argumente und im totalen Widerspruch zur Meinung der überwiegenden Mehrzahl der Brandenburger, tituliert er ihn als „beleidigter Matthias", als „Deichläufer", als „ moderner Don Quichotte", als „Einheitsgegner", ja, unterstellt ihm sogar Naziparolen. Und heizt („LR" vom 23.10.) zynisch eine öffentliche Debatte über einen möglichen Nachfolger Platzecks an. Alles weit unter der Gürtellinie und persönlich sehr verletzend.

Ein Hund kläfft den Mond an, könnte man abwinkend sagen, und Meinungsfreiheit muss so etwas aushalten. Nein, das kann ich so nicht stehen lassen. Und um es ganz deutlich zu sagen: Das ist pervertierte Pressefreiheit, die für politische Ziele und persönliche Profilierungssüchte missbraucht wird.

Auf solch eine Meinungs- und Pressefreiheit kann ich gut und gern verzichten.

Joachim Telemann

Neues aus Berlin

Die schwarz-gelbe Regierung hat beschlossen, die Hartz-IV-Sätze um fünf Euro zu erhöhen. Bei der Union und der FDP grassiert die Sorge vor dem ausufernden Sozialstaat. Diese Diskussion ist jedoch eine reine Scheindebatte. In unserem Land läuft nicht der Sozialstaat aus dem Ruder, sondern Armut und soziale Polarisierung. Hartz IV ist als Übergangsgeld gestaltet. Der Grundgedanke lautet: Wir geben den Bürgern für wenige Monate einen zum reinen Überleben notwendigen Betrag, bis sie wieder Arbeit gefunden haben.

Die Realität jedoch sieht anders aus: Hartz IV bezeichnet keine Übergangslösung, sondern stellt für Millionen von Bürgerinnen und Bürgern langfristig das einzige Einkommen dar.

Für eine dauerhafte Lebensgestaltung auf würdigem Niveau reicht der Hartz-IV-Satz keinesfalls. Dauerhaft kann mit 364 Euro Niemand am gesellschaftlichen Leben teilhaben, sich ausgewogen ernähren, der Jahreszeit gemäße Kleidung kaufen - geschweige denn Geld ausgeben für eigentlich selbstverständliche Aufwendungen wie Telefon, Internet oder Bücher und Zeitungen. Diese Dinge sind kein Luxus, sondern elementar, wenn man am politischen und sozialen Leben teilnehmen möchte. Das Grundrecht hierzu hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Hartz-IV-Entscheidung vor wenigen Monaten bestätigt. Die Karlsruher Richter haben geurteilt, dass Hartz IV mehr als nur das physische Überleben sichern muss. Die Grundsicherung soll ermöglichen, am politischen Geschehen und am gesellschaftlichen Leben aktiv teilzunehmen.

Als Argument für einen niedrigen Hartz-IV-Satz wird immer wieder angeführt, als Bezieher der Grundsicherung müsse man weniger haben als Jemand, der im Niedriglohnsektor arbeitet. Ansonsten sei es unattraktiv, arbeiten zu gehen.

Diese Argumentation versteckt sich zumeist hinter dem Begriff „Lohnabstandsgebot“. Das so genannte Lohnabstandsgebot ist nach der Einführung von Niedriglohnjobs nur noch ein Symbol für den Zynismus der politischen Entscheidungsträger. Unter der rot-grünen Regierung wurden Niedriglohnjobs massiv ausgebaut. Der Lohn liegt hier oftmals so niedrig, dass am Ende des Monats kaum mehr als 1000 Euro netto ausgezahlt werden.

Viele Menschen müssen ihren Hungerlohn sogar mit Hartz IV aufstocken. Der Abbau des deutschen Lohnniveaus ist also politisch gewollt - und wird nun als Argument dazu verwendet, den Ärmsten so wenig wie nur irgend möglich zukommen zu lassen. So spielt die Bundesregierung die Armen in unserem Land gegeneinander aus.

Die Bundesregierung gibt an, den neuen Hartz-IV-Satz mit objektiven statistischen Berechnungsmethoden erarbeitet zu haben. Statistiken jedoch sind politisch manipulierbar. Die schwarz-gelbe Koalition hat alle notwendigen Daten erhoben - um den neuen Regelsatz dann offenbar mit Taschenspielertricks auf die gewünschte Höhe herunter zurechnen. Sie entzieht sich der vom Verfassungsgericht geforderten Plausibilität, indem sie die für ihre Berechnungsgrundlagen erforderlichen Rohdaten nicht öffentlich macht.

Nach der Rechtsprechung der Karlsruher Richter gibt es jedoch keinen Sozialstaat nach Kassenlage. Es gehört zu den unabänderlichen Pflichtaufgaben des Staates, für die finanziellen Mittel zu sorgen, die notwendig sind, um seinen sozialstaatlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Höhe der Sozialausgaben muss sich verfassungsrechtlich nach den tatsächlichen Grundbedürfnissen der Betroffenen richten, nicht nach dem Bundeshaushalt. Dieser befindet sich wegen der Bankenexzesse in seiner aktuellen Schieflage, nicht wegen der Hartz-IV-Aufwendungen.

Neben der Empörung über die Entscheidung der schwarz-gelben Regierung bleibt die Frage, wie die Kanzlerin, ihre Ministerinnen und Minister nachts schlafen können. Diese Menschen verfestigen mit ihrer Politik die Armut in unserem Land, die in den vergangenen Jahren bereits drastisch gestiegen ist.

Anstatt den Ärmsten unserer Gesellschaft, insbesondere Kindern und Jugendlichen, eine Brücke zurück in die Mitte der Gesellschaft zu bauen, parkt die Regierung diese Millionen Bürgerinnen und Bürger auf dem Abstellgleis. Das ist beschämend und widerspricht der Verfassung, auf die die Regierungsmitglieder einen Amtseid geschworen haben.

So ist die Realität: Pleitebanker werden mit Millionenboni belohnt, während an bedürftigen Kindern, Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen gespart wird.

Wolfgang Neskovic

Karikatur: Hänschen

Ist Gesundheit eine Ware? Eine LINKE-Antwort

Nicht neu ist, dass Deutschland eine zunehmend alternde Gesellschaft ist. Darauf hat Politik sich einzustellen und zu reagieren.

Festzustellen ist: Die Gesundheitsminister der letzten Jahre, Horst Seehofer (CSU) und Ulla Schmidt (SPD), waren da nicht untätig. Aber so viel „Doktorspiele" sie um das Gesundheitswesen auch aufgeführt haben, wirklich geholfen hat es nichts. Echten Lustgewinn dürften danach nur gewisse Lobbygruppen der Gesundheitswirtschaft und der Pharmaindustrie verspürt haben, während der normale Kassenpatient trotz höherer Beitrags-und Zuzahlungsbelastung teils weniger Leistungen gewährt bekommt.

Mehr und mehr haben wir es seitdem mit dem Phänomen einer Zweiklassenmedizin zu tun. Die Bundestagswahl 2009 brachte für Dr. Philipp Rösler (FDP) die Überweisung ins Gesundheitsministerium. Aber was sollten die Patienten und das in der Tat kränkelnde Gesundheitswesen von einem Minister Gutes erwarten, dessen Partei mit ihrem Leistungskatalog mehr dafür berüchtigt ist, für neoliberale und private Klientelinterressen einzustehen, als für eine am Gemeinwohl aller orientierten sozial verantwortlichen Politik?

Nicht unbegründet war demnach doch: Was seine Vorgänger im Amt schon an solidarischen Stützpfeilern der Gesundheitsversorgung und dessen solidarischer Finanzierung angeschossen haben, das scheint jetzt der frühere Stabsarzt der Bundeswehr, Philipp Rösler, mit seiner Politik, insbesondere durch seine „Gesundheitsreform", nun endgültig weg schießen zu wollen.

Aufschlussreich zu wissen ist beispielsweise, dass die größte private Krankenversicherung Europas, die DKV, der FDP-Mitgliedschaft ein mit fünf Prozent Rabatt versüßtes Rundum-Sorglos-Paket anbot. „Leistungsgerecht"- zum Lohn für diese Vorzugsbehandlung machte Bundesminister Rösler den Cheflobbyisten der privaten Krankenversicherungen, Christian Weber, zum Leiter seiner Grundsatzabteilung.

Erhellend, aber auch als Vorspiel für nun offenbar werdende kommende dunkle Absichten dieses Beispiel: Noch in seiner Zeit als niedersächsischer Wirtschaftsminister legte er in Komplizenschaft mit anderen „ländlichen" Amtskollegen und dem Kanzleramt in einer Stellungnahme den Grundstein dafür, dass dem Leiter des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), dem obersten Medizinprüfer Peter Sawicki, die Abberufung ins Haus flattert. Offiziell geschah das zum Januar 2010. Doch schon am 19. Juni 2009, beschloss die Ministerrunde mit Gesundheitsminister Dr. med. Rösler das Todesurteil über Peter Sawicki, indem sie erklärten, dass das IQWiG dem Standort Deutschland schade. Ein Erfolg für den Verband forschender Arzneimittelhersteller (VfA) gegen den sich Sawickis Kampf gegen den Lobbyeinfluss auch richtete. Nachzulesen ist dies im Buch der ARD-Journalistin Ursel Sieber „Gesunde Zweifel".

Angesichts nur dieser Beispiele sind unbestritten mehr als „Gesunde Zweifel" angebracht, ob von solch einem Minister und der ihn tragenden Lobbygruppen eine solide, vor allem solidarisch angelegte Gesundheitspolitik zu erwarten ist. Vielmehr passierte, was passieren musste: Was der Herr Doktor bislang an ministeriellen Therapien auf den politischen Behandlungstisch legte, waren einfach nur ein ätzend verursachter Brechreiz, Übelkeit und Durchfall...

Was den Bürgern ins Haus steht, sind also weitere Beitragserhöhungen und erhöhte Zuzahlungen für Medikamente. Die Festbetragsgrenzen für bisher zuzahlungsfreie Medikamente hat er schon zum Nachteil der Patienten verändert. Röslers Wille ist ferner das „Einfrieren" des Arbeitgeberbeitrages. Das wäre nicht mehr und nicht weniger als der Bruch mit der bisher paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung.

Eine Kopfpauschale in Form von einkommensunabhängigen Zusatzbeiträgen, die alleine von den Versicherten finanziert wird, ist ein weiteres Teil in der Indizienkette seiner entsolidarisierenden Politik. Ist das alles eines Sozialstaates würdig?

Hätte der Bundesminister mal nicht seine Facharztausbildung zum Augenarzt abgebrochen, um sich stärker auf die niedersächsische Landespolitik konzentrieren zu können? Vielleicht hätte er heute mehr (politischen) Weitblick, und als Katholik würde Herr Rösler der Bevölkerung eventuell(?) heute seine teuflische Gesundheitspolitik ersparen. Weil dem nicht so ist, wird die Öffentlichkeit ihm gegenüber nicht mit Kritik sparen. Denn der Grundgedanke jeder Gesundheitspolitik ist die Solidarität. Und Gesundheit darf nie zu einer Ware werden.

Wer diese beiden Prinzipien verlässt und gegen sie arbeitet, der stellt sich außerhalb jeder zivilisierten Gesellschaft. Das sollte der Minister wissen!

René Lindenau

Gedicht der roten Feder

Einst war ein Geheimnis,
magst du es behüten?
Ein Denken,
welches verboten war.
Eine Sehnsucht,
die die Menschen sah.
Aus der roten Feder,
von Karl Marx.

Jetzt ist es nicht verboten,
doch wehe dem Menschen,
der es verband.
Große Hoffnung, gilt als verloren.
Seine Bücher wurden verbrannt.

Darum sucht die Feder
seines gleichen,
doch sucht das Kapital voller Gier,
diese Feder zu erreichen,
welches nährt die Hoffnung hier.

Politiker sind mit ihr verfeindet,
d'rum spinnen sie an ihr.
Glaubt auch nur ein Arbeiter
dem Geheimnis,
kriegt er keine Arbeit dafür.

Justin J. (von Linksaktiv.de)

Beratungen zur Polizei-Strukturreform

Keine Abstriche bei der Sicherheit mit der LINKEN

Die Beratungen für ein zentrales Vorhaben der Koalition aus SPD und LINKEN sind gestartet: Der Landtag hat über den Bericht der Landesregierung zur Polizeistrukturreform und einen Gesetzentwurf zur Polizeiorganisation debattiert. Die zukünftig zu erwartende Situation aufgrund der demografischen Entwicklung in Brandenburg erfordert neue Überlegungen und Lösungen, wie die öffentliche Sicherheit garantiert werden kann. Genau dazu dient das vorgelegte Konzept der Landesregierung zur Polizeistrukturreform.

Einsatzfähigkeit uneingeschränkt erhalten

Das Hauptaugenmerk liegt darauf, wie nach einer absehbaren Schließung von Polizeiwachen gesichert werden kann, dass die Polizei in möglichst kurzen Einsatzzeiten („Interventionszeiten“) handeln kann und ihre Einsatzfähigkeit uneingeschränkt behält. DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass die Polizeipräsenz vor Ort in geeigneter Form erhalten bleibt. So soll der Streifendienst in vollem Umfang beibehalten werden und auch die Zahl der Revierpolizisten soll gleich bleiben. Zugleich wird es darauf ankommen, dass eine entsprechende Polizeistruktur unterhalb der rund um die Uhr besetzten Wachen eingerichtet wird.

Diese Struktur soll in den vier Direktionsbereichen festgelegt werden – eine Aufgabe für die neu einzurichtenden Aufbaustäbe.

Praktiker sind zu Wort gekommen

Der Innenausschuss des Landtages machte am 28. Oktober eine öffentliche Anhörung zur Polizeistrukturreform, in der kommunale Spitzenverbände, Gewerkschaften, Bürgermeister und Polizeipraktiker zu Wort kamen. Dabei standen das Gesetz und das Konzept auf dem Prüfstand. Die Ergebnisse werden in die weitere Beratung einfließen. DIE LINKE. wird in ihrer Verantwortung als Regierungspartei eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht zulassen!

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Innenpolitischer Sprecher

Volksabstimmung über die Rente mit 67

Michael Schlecht, MdB, Chefvolkswirt Bundestagsfraktion DIE LINKE. und Gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand DIE LINKE. (Foto):

Heiner Geissler hat Recht. Es muss Schluss sein mit der Basta-Politik. Egal von wem. Weder Merkel noch Mappus, noch sonst wer dürfen in wichtigen Fragen Regelungen einfach durchdrücken.

Was für staatliche Infrastrukturprojekte wie Stuttgart 21 gilt, muss aber auch für andere lebenswichtige Entscheidungen gelten. Zum Beispiel für die Rente mit 67.

Die Verlängerung des Renteneintritts auf 67 Jahre heißt weitere Rentenkürzungen. Schon heute halten viele nicht bis 65 durch. Sie sind gesundheitlich fertig. Und für die Älteren, die noch arbeiten können und wollen, gibt es kaum noch annehmbare Arbeitsplätze.

Bei den 60- bis 65-Jährigen haben gerade einmal 22 Prozent einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Knapp zehn Prozent sind es bei den 64-Jährigen.

Arbeitsministerin von der Leyen verkündet hingegen fröhliche Propagandazahlen. Heute seien etwa 40 Prozent aller über 60-Jährigen erwerbstätig. Aber eben nicht sozialversichert.

Sehr viele Alterserwerbstätige müssen in Minijobs, Teilzeit mit niedriger Stundenzahl und Scheinselbstständigkeit arbeiten.

Sie werden meistens mies bezahlt und können keine weiteren Rentenansprüche aufbauen.

Wer mit 63 in Rente geht, hat heute schon eine um 7,2 Prozent geminderte Rente. Mit der Rente mit 67 droht dann eine lebenslange Rentenkürzung von 14,4 Prozent.

Mit einer Volksabstimmung könnte entschieden werden, ob die Menschen bereit sind, dies hinzunehmen.

Die SPD will aufgrund dieser schlechten Arbeitsmarktentwicklung für Ältere den Beginn der stufenweisen Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf das Jahr 2014 verschieben. Dann soll erneut die Erwerbssituation der Älteren überprüft werden. Erst wenn mindestens 50 Prozent der 60- bis 64-Jährigen sozialversichert beschäftigt sind, soll mit dem stufenweisen Einstieg in die Rente mit 67 begonnen werden. Das ist unglaubwürdig. Denn bei rechnerischer Fortschreibung der Entwicklung vom Jahr 2000 bis heute wird dies genau im Jahr 2030 der Fall sein. Dies würde bedeuten, dass die Rente mit 67 ein Jahr nach dem geplanten Start auf einen Schlag eingeführt wird. An der Rente mit 67 hält die SPD eisern fest.

Die leichte Positionsveränderung der SPD machen die Grünen nicht mit. Sie wollen den stufenweisen Beginn der Verlängerung der Lebensarbeitszeit ab 2012. Erst ab 2030 müsste ja bis zum 67. Geburtstag gearbeitet werden. Und bis dahin bestünde noch viel Zeit, die Arbeitswelt so anzupassen, dass die meisten Älteren auch bis 67 durchhalten könnten. „Wir Grünen halten die Rente mit 67 für die richtige Perspektive,“ so der rentenpolitische Sprecher Strengmann-Kuhn jüngst im Bundestag. Sein zentrales Argument: „Wenn die Menschen länger arbeiten, sind die Beiträge niedriger.“ In der Tat. Es geht um 0,5 Prozentpunkte höheren oder niedrigeren Beitrag.

Die Frage heißt: Wollen Beschäftige im Jahr 2029 bei paritätischer Finanzierung 0,25 Prozentpunkte höhere Beiträge akzeptieren oder zwei Jahre länger arbeiten bzw. 7,2 Prozent Rentenabzug hinnehmen? DIE LINKE. ist gegen die Rente mit 67! Aber weshalb sollte man die Menschen nicht selbst abstimmen lassen?

Zur Neuberechnung des Hartz-IV-Regelsatzes

Im Namen des Volkes?

Mit ihrem Grundsatzurteil zur Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze, besonders für Kinder, vom 6. Februar dieses Jahres gab das Bundesverfassungsgericht der Regierung gewissermaßen Hausaufgaben auf, die sie bis Ende 2010 zu erledigen hatte.

Angesichts des nun vorliegenden Ergebnisses möchte man sagen: „Danke! Setzen! Note 6+!" Ganze fünf Euro mehr gönnt man den Hartz-IV-Empfängern - die Regelsätze der Kinder bleiben wie gehabt - dazu kommen „Sachleistungen" für Kinder in Form der umstrittenen Chipkarte.

Zunächst einmal ist zu sagen, dass der ganze Vorgang mal wieder streng geheim und offensichtlich bar jeder Sachkenntnis vonstatten ging. Genutzt wurden die Daten der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2008 (EVS 2008) sowie einige statistische Sonderauswertungen zur EVS 2003.

Die „Referenzgruppen": Für die Ermittlung des Regelsatzes für Erwachsene wurden die unteren 20 Prozent der Einkommensgruppen herangezogen. Von diesen wurden 8,5 Prozent Empfänger von Sozialleistungen abgezogen, daher wurden nur noch die Daten von 15 Prozent der Referenzgruppe für die Neuberechnung ausgewertet.

Rechnet man alle Ausgaben in der EVS dieser Gruppe zusammen, ergibt sich ein notwendiger Bedarf von monatlich 503 Euro. Doch wie schon 2005 wurde auch diesmal willkürlich entschieden, was für den Regelsatz wichtig - also relevant - ist und was nicht.

Und wieder wurden erhebliche Abstriche gemacht.

Einige Beispiele:

Nahrungsmittel, Getränke: Hier wird im Prinzip der in der EVS ausgewiesene Betrag von 125,47 Euro als regelsatzrelevant übernommen, hinzu kommen noch 2,99 Euro als Ausgleich für den Wegfall der alkoholischen Getränke.

Alkohol und Tabak: Entfällt, da der Gesetzgeber diese Ausgaben in Höhe von 19,19 Euro als nicht regelsatzrelevant ansieht. Frage: Was tun jetzt diejenigen, die nicht rauchen und keinen Alkohol trinken?

Bekleidung und Schuhe: Die EVS weist hier 31,62 Euro aus. Übernommen werden aber nur 30,40 Euro - 2005 waren es noch 34,26 Euro.

Wohnen, Strom: Der Anteil der monatlichen Stromkosten wurde im Wesentlichen aus der EVS übernommen und beträgt nun 30,24 Euro. Auch das ist zu wenig für die steigenden Strompreise, da die durchschnittlichen Ausgaben für Haushaltsenergie in Deutschland bei etwa 37 Euro liegen.

Gesundheit: Die EVS weist hier einen Betrag von 26,27 Euro aus. Der Gesetzgeber bewilligt hier aber nur 15,55 Euro. Immerhin sind die Kosten für die Praxisgebühr mit 2,64 Euro pro Monat enthalten. Aber irgendwer konnte hier nicht rechnen...

Verkehr: Obwohl die EVS hier für die Nutzung von privaten Kfz und ÖPNV 59,26 Euro ausweist, blieb der Gesetzgeber sich auch diesmal treu und rechnete die private Kfz-Nutzung konsequent heraus. Im Gesetzentwurf wird das damit begründet, dass dies nicht zum Existenzminimum gehöre. Man berief sich dabei auf eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes - jedoch nur bei Haushalten, die kein privates Kfz nutzen. Erwerbstätige Leistungsbezieher, die ihr Fahrzeug für ihren täglichen Weg zur Arbeit nutzen, könnten ja die Kosten als Werbungskosten von ihrem Einkommen absetzen. Wenigstens kann man zumindest in Brandenburg für die bewilligten 22,78 Euro ein Mobilitätsticket kaufen.

Nachrichtenübermittlung: Die EVS weist dafür 38,87 Euro aus. Doch auch hier wurden Abstriche gemacht. Für die vom Gesetzgeber zugebilligten 31,96 Euro kann man sich aber immerhin einen Internetanschluss leisten. Doch für zusätzliche Tageszeitungen und/oder Mobilfunkverträge dürfte dieser Betrag kaum reichen.

Bildung: Selbst in den von der EVS erfassten unteren Einkommensgruppen werden monatlich 7,94 Euro ausgegeben. Doch dem Gesetzgeber ist das zu viel: Gerade mal 1,39 Euro für „Kursgebühren" werden anerkannt. Einen so „billigen" Kurs würde ich auch gerne mal besuchen.

Ebenfalls nicht regelsatzrelevant sind Ausgaben für Haustiere, Urlaubsreisen, Gaststättenbesuche (hier wird nur der Wareneinsatz berücksichtigt) und einen eigenen Garten.

Im Übrigen geht der Gesetzgeber davon aus, dass die Regelleistung nur eine zeitlich begrenzte Leistung sein soll, um einen gewissen Zeitraum zu überbrücken, bis man wieder ein eigenes Einkommen erzielt. Die Realitätsferne dieser Einstellung ist kaum noch zu überbieten.

Regelsätze für Kinder: Um diese zu berechnen, wurden in der EVS Paarhaushalte mit je einem Kind in den entsprechenden Altersstufen berücksichtigt. Da jedoch dabei keine konkreten Daten für die Ausgaben für Kinder erhoben werden konnten (das wäre zu aufwändig gewesen), wurden diese Ausgaben nach einem speziellen Verteilungsschlüssel errechnet.

Wären zumindest diese Kosten in den neuen Kinderregelsätzen voll anerkannt worden, hätten sich folgende Regelsätze ergeben: 343 Euro für 0 bis 6-Jährige, 410 Euro für 6 bis 14-Jährige und 485 Euro für 14 bis 18jährige Kinder. Durch drastische Abzüge wurden jedoch Regelsätze „errechnet", die unter denen von 2005 liegen: 213 Euro für 0 bis 6-Jährige (2 Euro weniger), 242 Euro für 6 bis 14-Jährige (9 Euro weniger) und 275 Euro für 14 bis 18jährige Kinder (12 Euro weniger). Aus „Besitzstandsgründen", wie im Gesetzentwurf begründet, belässt man es jedoch bei der derzeitigen Höhe der Kinderregelsätze. Hinzu kommt ein so genanntes „Bildungspaket" als Sachleistung. Dieses und andere zusätzliche

(Fortsetzung auf Seite 10)

Zur Neuberechnung des Hartz-IV-Regelsatzes

Im Namen des Volkes?

(Fortsetzung von Seite 9)

Leistungen gibt es jedoch nur auf Antrag (Chipkarte für Kinder).

Der Haken: Um beispielsweise Nachhilfeunterricht oder Mittagessen über diese Chipkarte für die betroffenen Kinder abzurechnen, muss der jeweilige Anbieter (der Catering-Service oder die Nachhilfeschule) einen Vertrag mit der zuständigen ARGE abschließen. Wenn er das nicht will oder kann (wegen des großen Verwaltungsaufwandes), bleiben diese Kinder von den „Segnungen" des Ministeriums ausgeschlossen. Und dass den Jobcenter für die Bewältigung der zu erwartenden Antragsflut zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt wird, ist auch nicht zu erwarten.

Hinzu kommt, dass gerade Eltern aus „bildungsfernen" Schichten kaum in der Lage sein werden, diese Bürokratiemonster zu beherrschen – sie kommen ohnehin schon kaum mit dem Behördendschungel zurecht.

So ist abzusehen, dass genau die Kinder, die solche Leistungen am nötigsten brauchen, häufig ausgeschlossen werden sein werden.

Im vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Sozialgesetzbuches XII ist auch vorgesehen, eine zusätzliche Regelbedarfsgruppe einzufügen. Bisher gab es fünf Regelbedarfsgruppen:

- Alleinstehende oder Alleinerziehende
- Ehegatten, Lebenspartner oder andere erwachsene Leistungsberechtigte, die mit im Haushalt leben
- Kinder von 0 bis 6 Jahren
- Kinder von 6 bis 14 Jahren
- Kinder von 14 bis 18 Jahren

Eingefügt wird nun eine „Regelbedarfsgruppe 3". Die umfasst laut Gesetzentwurf „erwachsene Leistungsberechtigte, die keinen eigenen Haushalt führen, weil sie in einem Haushalt anderer Personen leben". Das sind beispielsweise Personen in Wohngemeinschaften. Der Gesetzgeber begründet dies damit, dass „die haushaltsgebundenen Kosten bereits durch diese Personen abgedeckt wird". Sie sollen ab 1. Januar 2011 statt 364 Euro nur noch 291 Euro als Regelleistung erhalten.

Die zusätzlichen Kosten für das „Bildungspaket" für Kinder sollen außerdem von den Hartz-IV-Empfängern selbst „erwirtschaftet" werden durch die ab Januar 2011 vorgesehene Streichung/Anrechnung des Elterngeldes für ALG-II-Empfänger.

Fazit: Die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar dieses Jahres wurden vor allem im Hinblick auf die Neuberechnung der Kinderregelsätze nicht erfüllt. Erneut wurde einfach nur statistisch „heruntergerechnet" und nach Kassenlage festgesetzt, was Kindern zusteht. Inzwischen hat die Gesetzesvorlage das Bundeskabinett passiert. Im Dezember muss noch der Bundesrat zustimmen. Obwohl Schwarz-Gelb in der Länderkammer keine Mehrheit mehr hat, ist zu befürchten, dass mit Hilfe der SPD doch noch eine Zustimmung erfolgen könnte. Entgegen ihrer anfänglichen Beteuerungen mehren sich die Anzeichen, dass einige SPD-geführte Länder dem Vorhaben zustimmen werden – im Tausch für Zugeständnisse durch die CDU in künftigen Verhandlungen. Sicher ist, dass zumindest das rotrote Brandenburg das Vorhaben, noch mehr Menschen in Armut zu stürzen, nicht unterstützen wird. Sicher ist auch, dass es erneut Klagen vor dem BVG geben wird. *Sigrid Mertineit*

Hartz IV-Reform ist Verfassungsbruch und enthält neue Grausamkeiten

„Mit dem Kabinettsbeschluss zu den Hartz-IV-Neuregelungen steuert die Bundesregierung direkt auf einen Verfassungsbruch wegen der intransparenten und nicht sachgerechten Bestimmung der Regelleistungen zu", erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Katja Kipping: „Verhandlungen mit der Bundesregierung haben nur dann die Spur einer Chance, wenn frühzeitig klar ist, dass deren Vorlage unweigerlich wieder in Karlsruhe landen wird, wenn sich nichts Gravierendes ändert.

SPD und Grüne sollten deshalb frühzeitig auf das Angebot der LINKEN eingehen, eine gemeinsame Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Hartz IV vorzubereiten. Wer nicht am Nasenring durch die Manege geführt werden will, muss die Zügel selbst in die Hand nehmen."

Katja Kipping weiter: „Der von Sozialministerin Ursula von der Leyen vorgelegte Gesetzentwurf treibt auch die Entmündigung, Entrechtung und soziale Ausgrenzung der Leistungsbeziehenden auf die Spitze.

Künftig sollen Leistungskürzungen auch ohne vorherige schriftliche Belehrungen über mögliche Rechtsfolgen möglich sein. Die ständige Angst vor Sanktionen soll die Betroffen noch stärker als bisher disziplinieren.

Die Kommunen werden ermächtigt, die Kosten für Unterkunft und Heizung zu pauschalieren. Angesichts der klammen Kassen der meisten Städte und Gemeinden ist davon auszugehen, dass dies in vielen Fällen auf Kürzungen hinauslaufen wird.

Der Verzicht auf jegliche Erhöhung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche ist skandalös. Das Bildungspaket verdient den Namen nicht. Mit zehn Euro mehr im Monat lassen sich weder Sportverein noch Musikschule und gleich gar nicht Förderunterricht bezahlen. Die geplanten Gutscheine für das Bildungspaket stigmatisieren die Betroffenen und überfordern die Jobcenter.

All das ist aus Sicht der LINKEN nicht hinnehmbar. Notwendig sind stattdessen höhere Regelleistungen, wirkliche Chancengleichheit in der Bildung von Kindern und der Ausbau der sozialen Infrastruktur für Kinder."

Unser Weg auch mit weniger Geld: Soziale Verantwortung für Brandenburg

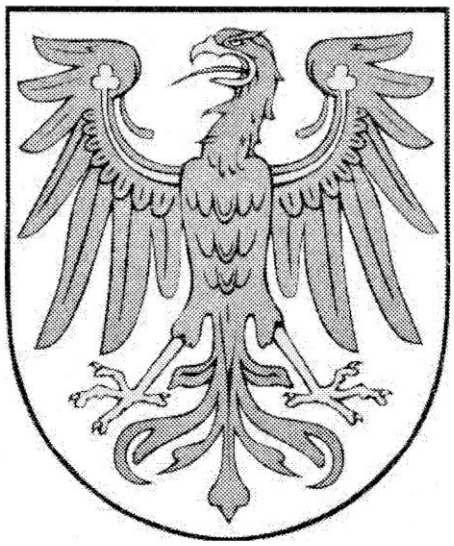
„Gemeinsinn und Erneuerung – ein Brandenburg für alle": Das ist die Kernbotschaft des Koalitionsvertrags. Daran muss sich jeder Haushalt der rot-roten Landesregierung messen lassen. Wir müssen uns also darum kümmern, dass die Bürgerinnen und Bürger erkennen und fühlen können, dass es erst einmal hierzulande sozial gerechter zugeht.

Handlungsfähigkeit des Landes sichern

Mit dem Haushaltsentwurf 2011 wollen wir die Handlungsfähigkeit des Landes erhalten, seine Zukunftsfähigkeit sichern.

Zweitens übernimmt die Koalition soziale Verantwortung, verbunden mit sozialer Modernisierung. Und wir schieben strukturelle Maßnahmen an, zum Beispiel den Umbau der Wirtschaftsförderung. Wichtige soziale haben wir bereits durchgesetzt. Sie eröffnen den Menschen Chancen: In unseren Schulen arbeiten neue Lehrerinnen und Lehrer, in den Kitas neue Erzieherinnen und Erzieher. Langzeitarbeitslose bekommen erstmals seit Jahren wieder einen existenzsichernden Job – und damit ein Stück Würde zurück. Abiturienten aus einkommensschwachen Familien erhalten das Schüler-BaföG. Das haben wir unter immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen erreicht.

Da sind die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie hat zu Rekordverschuldungen von Bund, Ländern und Gemeinden geführt. Und da ist der Rückgang der sogenannten Transferleistungen. Zusammen mit dem Bundes-Sparpaket und den katastrophalen Steuerrechtsänderungen der schwarz-gelben Bundesregierung ein gefährlicher Mix.



Unter diesen Vorzeichen minimieren wir den Gesamthaushalt 2011 im Verhältnis zum Vorjahr von 10,51 Milliarden Euro auf 10,06 Milliarden Euro. Insgesamt stehen also kommendes Jahr 450 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Deshalb muss auch eine rot-rote Koalition sparen. Das tut richtig weh.

Umso mehr gehen wir mit Augenmaß heran. Bildung, Soziales, Wissenschaft und Wirtschaft haben bei uns weiter klaren Vorrang.

Investieren in Köpfe statt in Beton

Die Investitionen in die Köpfe, also in die Bildung, steigen um 48,3 Millionen Euro, unter anderem werden wir den Betreuungsschlüssel im Kita-Bereich verbessern.

Die Investitionen in Stein und Beton senken wir dagegen, erhalten aber die Werte: Nach 18,2 Prozent im Jahr 2010 sind 17 Prozent für 2011 immer noch eine gute Quote.

Wir orientieren auf ein Brandenburg, das hauszuhalten weiß, seine Mittel klug investiert, das nicht über seine Verhältnisse lebt – und trotzdem seinen Bürgerinnen und Bürgern soziale und persönliche Perspektiven eröffnet und ihre Lebensleistungen würdigt.

Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende

Widerstand gegen die CDU/FDP-Gesundheitsreform!

DIE LINKE.: Schwarz-gelbe Bundesregierung verzapft unsozialen Murks

Ende September ist es geschehen: Da hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Katze aus dem Sack gelassen. Das Gesundheitswesen wird zu Lasten von Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentnern umgekrempelt. Zusatzbeiträge der Versicherten erreichen ganz neue Dimensionen. Denn die Arbeitgeber werden künftige Ausgabensteigerungen nicht mehr mitfinanzieren müssen. So entsorgt man Solidarität. Was „sozial" ist, bestimmt künftig der Bundes-Finanzminister.

Für CDU und FDP im Lande ist das natürlich alles kein Thema. Irgendjemand müsse eben bezahlen, meinen die beiden Parteien kaltschnäuzig. Unternehmen sollen es auf jeden Fall nicht sein. Der Befehl ist klar: Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner: Portemonnaies öffnen!

Was die schwarz-gelbe Bundesregierung vorhat, ist dreist, unsozial und ungerecht – und zu allem Überfluss auch noch bürokratischer Murks. Denn die Probleme der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum bleiben ungelöst. Zu so etwas wird Brandenburg im Bundesrat Nein sagen. Mit den Stimmen von SPD, LINKEN und Grünen wurde ein entsprechender Beschluss verabschiedet.

Zum Abriss der solidarischen Krankenversicherung gäbe es Alternativen: Allein die Anhebung der Versicherungsgrenzen auf Rentenversicherungs-Niveau würde die aktuellen Defizite nahezu ausgleichen. Eine dauerhafte und solide Grundlage wäre zudem mit der Bürgerversicherung zu erreichen. Deren Grundprinzip heißt Solidarität.

Alles andere zementiert ungleiche Gesundheitschancen. Mit unerbittlichen Folgen: Wenn Du arm bist, musst Du eben früher sterben.

Birgit Wöllert,
Gesundheits-politische Sprecherin

Das China-Syndrom*

Der amerikanische Regisseur James Bridges drehte 1979 den Film „Das China-Syndrom" mit Michael Douglas und Jane Fonda in den Hauptrollen.

Die (fiktive) Handlung des Films: Zwei Reporter drehen eine Reportage über Atomkraftwerke. Bei den Dreharbeiten werden sie unfreiwillig Zeugen eines ernsten Zwischenfalls: Ein technischer Defekt verursacht den Ausfall des Kühlkreislaufes, bei der automatischen Abschaltung des Reaktors droht fast die Kernschmelze. Doch von offizieller Seite wird der Vorfall vertuscht. Die Reporter recherchieren trotzdem weiter und finden Erschreckendes: Die vorgeschriebenen technischen Kontrollen wurden nicht durchgeführt, Prüfunterlagen wurden gefälscht - und eigentlich ist das Kernkraftwerk ein einziger Schrotthaufen. Plötzlich verschwinden wichtige Unterlagen, Zeugen werden bedroht, auch die beiden Reporter. Und ein neuer Zwischenfall geschieht...

Was im Film noch unglaublich klingt, passierte etwa zwei Wochen nach dem Kinostart des Streifens: Am 16. März 1979 kam es im Kernkraftwerk „Three Miles Island" bei Harrisburg im US-Bundesstaat Pennsylvania zu einem schweren Reaktorunfall. Bedingt durch technische Mängel und menschliches Versagen ereignete sich fast genau das im Film beschriebene Szenario. Nur durch die Geistesgegenwart eines Technikers konnte die drohende Kernschmelze verhindert werden. Und auch hier wurde das Geschehen von den Verantwortlichen verharmlost. In Wahrheit waren große Mengen radioaktiven Wasserdampfes in die Außenluft gelangt und hatten die Umgebung verseucht. Bis heute gilt dieses Reaktorunglück als das schwerste in den USA und führte dazu, dass dort keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut wurden. Das Vertrauen in die Atomkraft war ernsthaft erschüttert worden.

Genau sieben Jahre später, am 26. April 1986, geschah im Kraftwerk Tschernobyl in der Ukraine der größte Reaktorunfall aller Zeiten. Während eines Versuchs explodierte der Reaktorblock 4. Die Explosion war so gewaltig, dass sie den 1000 Tonnen schweren Reaktordeckel sowie das (nur als Wetterschutz dienende) Dach des Reaktorgebäudes einfach wegsprengte und den Reaktorkern freilegte. Riesige Mengen Plutonium, Jod 131 und Cäsium 137 wurden zum Teil tausend Meter hoch in die Atmosphäre geschleudert. Wochenlang brannte der Reaktorkern im Inneren des Gebäudes bei mehreren tausend Grad und setzte radioaktive Stoffe frei. Ursachen dieses Unglücks waren neben menschlichem Versagen bautechnisch bedingte Konstruktionsmängel des Reaktors, grobe Missachtung von Sicherheitsvorschriften (die zum Teil nicht mal bekannt waren) sowie schlecht geschultes Personal. Beispielsweise wurden einfach Notabschaltungen deaktiviert, da diese den Versuch gestört, möglicherweise sogar beendet hätten.

Die Regierung in Moskau erfuhr gewissermaßen aus Schweden von dem Super-GAU. Als nämlich am 28. April auf dem Gelände des schwedischen Atomkraftwerkes Forsmark erhöhte Radioaktivität festgestellt wurde und die eigene Anlage als Verursacher ausgeschlossen werden konnte, ergaben weitere Untersuchungen, dass die erhöhten Strahlenwerte von der radioaktiven Wolke herrührten, die inzwischen mit dem Wind gen Europa trieb. Bis dato hatten die Verantwortlichen nur von einem kleinen Brand gesprochen - kein Grund zur Beunruhigung.

Erst drei Tage später wurde mit der Evakuierung der Einwohner der nahegelegenen Stadt Prypjat begonnen. In der Folgezeit wurden auch die Menschen in einer 30-km-Zone evakuiert. Jegliche Informationen an die Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß der Katastrophe wurden unterbunden. Ein Arzt beispielsweise, der anhand von Tierversuchen nachwies, dass die Gegend radioaktiv verseucht war und schwere gesundheitliche Schäden zu befürchten waren, fand sich für mehrere Jahre im Gefängnis wieder.

Die Folgen der Reaktorkatastrophe sind gewaltig: Obwohl es bis heute keine offiziellen Statistiken gibt, weiß man, dass die Anzahl der Erkrankungen an Schilddrüsenkrebs und Blutkrebs sprunghaft gestiegen ist. Von den etwa 500 000 Menschen, die bei der Bekämpfung der Reaktorkatastrophe direkt eingesetzt wurden (so genannte „Liquidatoren"), starben bis heute Schätzungen zufolge etwa 20 000 an den Folgen der radioaktiven Verstrahlung. Eine riesige radioaktive Wolke trieb in Richtung Europa. Noch heute wird davor gewarnt, in Teilen von Südostbayern Pilze zu essen oder das Fleisch von Wildtieren. Während in der damaligen BRD hektoliterweise Milch vernichtet wurde, kein Gemüse aus dem Freilandanbau verzehrt werden durfte und vor dem Verzehr von Pilzen und Wildfrüchten gewarnt wurde, herrschte in der DDR Normalität: Die Meldungen der westlichen Medien über die Reaktorkatastrophe wurden als Feindpropaganda abgetan. Schließlich konnte man ja dem sowjetischen Brudervolk nicht in den Rücken fallen.

Die Stadt Prypjat ist heute eine Geisterstadt - keiner der Bewohner kehrte je zurück. Die gesamte Gegend ist radioaktiv verseucht, vor allem mit Plutonium, welches eine Halbwertzeit (Zerfallszeit) von 25 000 Jahren hat - also bis in alle Ewigkeit.

Doch heute, 24 Jahre nach dem größten Reaktorunfall aller Zeiten, erstarkt die Atomlobby wieder - nicht nur in Europa. Für sie gilt Tschernobyl als Totschlagargument gegen neue Atomkraftwerke. Die heutigen Atomkraftwerke seien schließlich viel sicherer, und außerdem hätten die Reaktoren keine solchen Bau- und Konstruktionsmängel wie der in Tschernobyl. Angesichts der jüngsten Zwischenfälle in den Atommeilern Brunsbüttel und Krümmel kann ich das jedoch nicht glauben.

Nicht geklärt werden konnte bisher das Problem der Endlagerung des radioaktiven Mülls. Das Endlager im Salzbergwerk Asse hat sich inzwischen als Fiasko herausgestellt. Dabei war das Problem des Einfließens von Salzlauge in die Endlagerstätte von Anfang an bekannt gewesen. Inzwischen hat Greenpeace enthüllt, dass im geplanten Endlager im Salzstock Gorleben das gleiche Problem besteht - und dass die Verantwortlichen seit vielen Jahren davon wissen. Wer kann da noch guten Gewissens behaupten, Atomenergie sei sauber, billig und sicher?

Sigrid Mertineit

.....

*China-Syndrom: fiktive Annahme, dass sich bei einer Kernschmelze in einem Atomkraftwerk in den USA der geschmolzene Kern quer durch die Erdkugel bis nach China durchbrennen könnte.

Stuttgart 21 schlägt anhaltend hohe Wellen

Es geht nicht nur um den Bahnhof: Die Politik fürchtet sich vor dem Volk

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen!

Stuttgart 21: Demo mit Klaus Ernst
Foto: www.linke.bb.de

Stuttgart 21 schlägt anhaltend hohe Wellen. Während Demonstrationen im Stuttgarter Schlosspark ist die Situation jüngst eskaliert. Die Polizei setzte Knüppel und Wasserwerfer gegen demonstrierende Bürgerinnen und Bürger ein. Ein entsetzliches Bild - und ein vorläufiger Tiefpunkt in der Auseinandersetzung zwischen der Württemberger Landesregierung und den Gegnern des Megaprojekts.

Gegner und Befürworter der Stuttgart-21-Pläne liefern sich in der Presse hitzige Gefechte. Auch der Chef der Bahn, Rüdiger Grube, positioniert sich.

In der Ausgabe der „Bild am Sonntag" vom 3. Oktober äußert sich Grube zum Zusammenhang zwischen einem Stuttgarter Bahnhofsbau und der Regierung der DDR: Gegen Stuttgart 21 gäbe es kein „Widerstandsrecht", gegen die DDR habe es ein solches gegeben.

Foto: www.linke-gd.de

Grube begründet: „Die Revolutionäre des Jahres 1989 haben für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestritten. In der Bundesrepublik sind beide verwirklicht. Deshalb entscheiden bei uns die Parlamente und nicht die Bürger über ein Bahnhofsprojekt."

Dieser Vergleich zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit ist peinlich. Kein Demonstrant auf dem Leipziger Ring hätte sein politisches Selbstbewusstsein an einer Wahlurne aufgegeben. Die Bürgerrechtsbewegung der DDR stritt für eine parlamentarische Republik mit starken plebiszitären Elementen. Schlimmer aber ist, dass Grubes Verständnis für das Grundgesetz sein historisches Wissen kaum übertrifft. Grube unterstellt den Stuttgarter Demonstranten, unbefugt ein Widerstandsrecht wahrzunehmen. Damit missbraucht Grube den Widerstandsbegriff. Das Grundgesetz (Art. 20, Abs. 4) gibt den Deutschen das Recht zum Widerstand gegen jeden, der versucht, die verfassungsrechtliche Ordnung zu beseitigen.

So schlimm aber stehen die Dinge in Stuttgart nicht. Was dort stattfindet, ist der schlichte Gebrauch der für unsere Demokratie konstitutiven Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. In einer Demokratie ist es selbstverständlich, dass die Bürger Entscheidungen ihrer Volksvertreter kritisieren und dagegen protestieren. Denn die Demokratie des Grundgesetzes lebt vom ständigen Wandel. Die Verfassung schützt die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit der Bürger nicht zuletzt deshalb, um einer unbeweglichen Politik bei Bedarf Druck zu machen.

Die deutsche Politik hat die Finanz- und Realindustrie mit Milliardenausgaben vor dem Kollaps bewahrt. Der breiten Masse hingegen hat sie mit ihren Sparpaketen drastische Einbußen aufgebürdet.

Die Demonstranten in Stuttgart wissen: Jetzt ist nicht die Zeit für milliardenschwere Großprojekte. Es ist vielmehr höchste Eisenbahn, die staatliche Ausgabenpolitik von ihren Gerechtigkeitsmängeln zu befreien. Glitzernde Bahnhöfe erfreuen lediglich die Geschäftspartner und Aktionäre der Bahn. Die ganz breite Masse der Menschen aber hat nichts von der neuen Pracht.

Der Aufruhr gegen Stuttgart 21 ist deshalb mehr als nur ein regionales Phänomen. Die dortige Bürgerbewegung ist exemplarisch für unsere Zeit.

Der Protest richtet sich neben dem Projekt selbst auch gegen eine Mehrheitspolitik, die sich stur und gegen Kritik unempfänglich zeigt. Diese Politik lehnt Volksabstimmungen ab. Sie scheut es, den Entscheidungsprozess bis zu den kommenden Wahlen auszusetzen. Sie lädt nur dann zum „Dialog", wenn es ihr darum geht, den eigenen Standpunkt zu begründen. Sie schafft mit Abriss und Abholzungen Tatsachen, um die Kosten

Foto: www.plochingen.dielinke-bw.de

für einen zukünftigen Projektausstieg zu verteuern. Diese Politik fürchtet sich vor dem Volk.

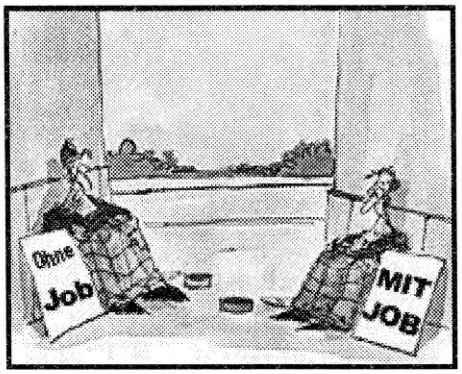
Doch sie fürchtet sich noch viel mehr vor der Wirtschaft. Ohne diese Angst wäre es möglich, den Bahnhofsbau zu stoppen und den anspruchsberechtigten Beteiligten Schadenersatz zu zahlen. Das wäre demokratisch und rechtsstaatlich. Wer hingegen - wie Herr Grube - einen Gegensatz zwischen Rechtsstaat und Demokratie zu konstruieren sucht, hat den Sinn unserer Demokratie nicht verstanden. Demokratie bedeutet ständige Veränderungen. Das schließt auch die Auswechslung des Bahnchefs ein.

Mit herzlichen Grüßen Euer

Wolfgang Neskovic

Beschäftigungsprogramme gegen die Arbeitslosigkeit – helfen sie wirklich?

Heute: „Bürgerarbeit“ – Bürgerzwang?



„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Nach diesem Leitsatz wurde das Projekt „Bürgerarbeit“ im Ministerium für Arbeit und Soziales ausgeheckt. Empfänger von ALG II sollen sich gewissermaßen ihre „Stütze“ verdienen.

Seit dem 15. Juli dieses Jahres läuft die so genannte „Aktivierungsphase“: Etwa 160 000 Arbeitslose sollen in einer sechsmonatigen Phase „aktiviert“ werden. Das heißt, sie sollen durch „gezielte Fördermaßnahmen“ in den Ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Hier erlaube ich mir die provokante Frage, was die Vermittler in den Jobcentern eigentlich in den vergangenen fünf Jahren getan haben.

Für diejenigen, die trotz intensiver Bemühungen in dieser Zeit keinen Job auf dem Ersten Arbeitsmarkt fand, steht ab Januar 2011 einer von bundesweit 34 000 sozialversicherungspflichtigen Bürgerarbeitsplätzen zur Verfügung.

Die Tätigkeiten sollten gemeinnützig sein, zum Beispiel Arbeiten in Grünanlagen, Unterstützung behinderter Menschen, Arbeit mit Jugendlichen und in Sportvereinen. Alles Tätigkeiten, für die eigentlich reguläre Jobs geschaffen werden müssten.

Die Bezahlung: 900 Euro Brutto. Netto dürften das etwa 730 Euro sein. Davon muss der Bürgerarbeiter allerdings seine Miete und seinen Strom bezahlen und auch ansonsten seinen Lebensunterhalt bestreiten.

Wenn man davon ausgeht, dass der geplante Regelsatz ab Januar nächsten Jahres 364 Euro betragen wird und die durchschnittliche Miete bei etwa 355 Euro liegt, so ergibt sich ein Regelsatz von 719 Euro. Er liegt also geringfügig niedriger als das Einkommen aus der Bürgerarbeit.

Wer sich weigert, für sein Existenzminimum zu schuften, bekommt gar kein Geld mehr vom Staat.

Die Arbeitsverträge sollen jeweils für drei Jahre geschlossen werden. In dieser Zeit fallen die Bürgerarbeiter natürlich aus der Hilfebedürftigkeit heraus. Sie müssen ohne Aufstockung vom Amt auskommen.

Die Aussage des Ministeriums, Bürgerarbeiter hätten mehr Geld zur Verfügung als die Ein-Euro-Jobber ist also falsch. Ziel der Bürgerarbeit ist langfristig, die Arbeitslosen dazu zu bringen, für ihren Anspruch auf ALG II zu arbeiten. Angenehmer Nebeneffekt: Die Statistik kann noch ein bisschen aufgebessert werden.

In der breiten Bevölkerung findet dieses Projekt große Zustimmung. Dank „BILD“-Zeitung und RTL-TV ist das Bild des faulen Tagediebs, der es sich auf Staatskosten gut gehen lässt, auch in den Köpfen der Menschen angekommen.

Text: Sigrid Mertineit
Karikatur: www.scharf-links.de

Hält sich die Linksfraktion an energiepolitische Vereinbarungen?

Sie hatte die Zustimmung der Basis für den Koalitionsvertrag erhalten

Ich erinnere mich, dass uns in einer Veranstaltung im „Weltspiegel“ Cottbus die Zustimmung zum Festhalten an der Braunkohlenverstromung mit der Begründung abgerungen wurde, dass den Erneuerbaren Energien Vorrang eingeräumt wird. Eine derartige Passage ist im gültigen Koalitionsvertrag nicht mehr zu finden. Allerdings ist darin auch nicht vereinbart, dass die Strategie der Braunkohlennutzung im Lande Brandenburg von Vattenfall bestimmt und abhängig bleiben soll. Eine solche Vereinbarung und daraus abgeleitete Handlungsweise des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten verbietet sich für DIE LINKE. schon deshalb, weil die Konzernstrategie mit der erpresserischen Forderung der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken sich massiv gegen das Gemeinwohl richtet.

Das Festhalten am Atomausstieg ist Bestandteil der gültigen Koalitionsvereinbarung und sollte daher auch bestimmend für die Zusammenarbeit mit Vattenfall sein. Fördermittel für ein CCS-Demonstrationskraftwerk von Vattenfall sind schon aus diesem Grunde nicht vertretbar. CCS ist keine Brückentechnologie zu Erneuerbaren Energien, das wurde inzwischen zum allgemeinen Erkenntnisstand. Im Gegenteil: Durch die beabsichtigte Errichtung neuer Grundlastkraftwerke wird eine Netzstruktur verfolgt, die die Einbeziehung von Wind- und Solarenergie für die Stromerzeugung stark einschränkt.

Es ist deshalb dringend erforderlich, ein unabhängiges energiepolitisches Konzept zur Errichtung gasbetriebener dezentraler Blockkraftwerke mit Kraft-Wärmkopplung zu erarbeiten. Ein Gasleitungs-und Speichernetz ist dafür bereits vorhanden.

Ökologischer Umbau des Braunkohlenbergbaus und die Umstellung auf Gaserzeugung geben den bei Vattenfall Beschäftigten eine sichere Perspektive. Bei Aufrechterhaltung der desaströsen Konzernstrategie haben sie den Verlust ihrer Arbeitsplätze zu erwarten.

Also: Hält sich die Linksfraktion an die energiepolitischen Vereinbarungen mit denen sie die Zustimmung der Basis für den Koalitionsvertrag erhalten hat? Nämlich: Vorrang für Erneuerbare Energien!

Dieter Brendahl

Dankeschön aus Bogatynia

Frau Sonja Newiak,
Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich wende mich an Sie aus Bogatynia, aus der Stadt, die das Hochwasser getroffen hat.
Ich sehe noch die Bilder von der tief zerstörten Stadt, ich höre noch Angst in der Stimme von Bogatynia-Einwohner. Der schreckliche Tag, der am 7. August 2010 unsere Sicherheit und den Alltag zerstört hat: Auf einmal wurden unsere Häuser zerstört und es sind nur Angst, Schmerz und Unsicherheit geblieben, was Morgen bringt
Ich kann jetzt nicht aufhören daran zu denken, wie ich Ihnen dankbar für die Hilfe bin. In der schwierigen Zeit sind wir uns dessen bewusst, dass wir allein den Menschen nicht helfen können, deswegen sind wir zu Ihnen gekommen, um die Unterstützung zu bitten. Wir haben gehofft, dass Sie uns in der Situation nicht allein lassen. Wir haben uns nicht getäuscht, was uns sehr freut. Sie haben uns gezeigt, wie gut, verständnisvoll und herzlich Sie sind.
Die Hilfe von Ihnen hat den Bogatynia-Einwohner den Sinn und die Kraft gegeben, in die Zukunft weiter zu schauen und ihr Leben neu anzufangen. Es ist uns ganz bewusst, wie das Verhalten für uns große Bedeutung hat, und obwohl auf uns noch viele Schwierigkeiten zukommen, geben wir nie auf, weil es so viele gute Menschen gibt, die die Motivation uns geben. Jetzt glauben wir daran sehr, dass wir in der Lage sind, Bogatynia neu zu bauen. Wir vergessen das nie, dass Sie in der schrecklichen Zeit für uns da waren, uns unterstützt haben und die Kraft gegeben haben.
Das Verhalten von Ihnen ist uns unvergesslich. Wir werden uns darum kümmern, dass in Bogatynia bekannt wird, sowohl heutzutage als auch in der Zukunft, was Sie für die Bewohner gemacht haben.
Ich bedanke mich nochmal für Ihre wertvolle Hilfe und Herzlichkeit, die sowohl ich als auch die Bogatynia-Einwohner nie vergessen.
Ich wünsche Ihnen, dass Ihre Wünsche in Erfüllung gehen, alles Gute und viel Erfolg in der Zukunft!
Mit herzlichen Grüßen
Andrzej Grzmielewicz
Bürgermeister

Bogatynia, den 14. Oktober 2010

Ralph Hartmann:

„Die DDR unterm Lügenberg“

Die DDR war, wie wir alle wissen, die zweite und schlimmere der „zwei Diktaturen in Deutschland“. „Stasifolter“ und „Staatsdoping“ gehörten zu ihren Merkmalen, und auch an der „Alleinschuld der DDR an der Mauer“ besteht kein Zweifel - oder doch? Was ist Propaganda, was ist Wahrheit?

Ralph Hartmann, Autor des Bestsellers „Die Liquidatoren“ über die Treuhandanstalt und anderer politischer Sachbücher, geht hier den Propagandalügen nach, die immer noch verbreitet und geglaubt werden. Mit breiter Sachkenntnis und spitzer Feder hat er dieses Buch für Bürger in Ost und West geschrieben, die die deutsche Zweistaatlichkeit sehr unterschiedlich erlebt haben, wie auch für ihre Kinder und Enkel, die ein Recht auf die historische Wahrheit haben.

Manfred Wekwerth zu diesem Buch: „Hartmanns Buch wurde dringend gebraucht. Es ist ein willkommener Helfer der Wahrheit, denn es verhindert mit Fakten, dass nicht noch mehr Lügen zur Wahrheit werden.“

. . . . . .

Verlag Ossietzky GmbH, Hannover 2007,
ISBN 978-3-9808137-3-0,
100 Seiten, 10 Euro.

In diesem Lande

Melodie: An der Nordseeküste

Es ist an der Zeit für ein neues Lied,
denn ich finde nicht gut,
was im Land so geschieht.
Hört Frau Merkel man reden
von Unrecht und Recht,
ich weiß nicht, wie es euch geht,
mir wird dabei schlecht.
In diesem Lande, das man BRD nennt,
musst du schwer auf dem Kien sein,
schnell hast du was verpennt.

Merkel und Co machen alles zu Geld,
Seen und Gesundheit, Post und Bahn,
Wald und Feld.
Hör' ich Pastor Gauck schwätzen
von Freiheit und so,
dann verpass ich das Meiste,
denn es treibt mich aufs Klo.
In diesem Lande, das man BRD nennt,
musst du ganz genau hinhör'n,
willst du die Wahrheit erkenn'.

Herr Minister Rösler ist mir nicht recht,
seine Gesundheitsreform,
die bekommt mir ganz schlecht.
Frau von der Leyen höhnt: ich gratulier,
Du kriegst ganze fünf Euro
als Zusatz-Hartz-IV.
In diesem Lande, das man BRD nennt,
herrschen Beamte,
dass man heulen könnt'.

Wenn am Stuttgarter Bahnhof
du demonstrierst,
dann pass auf, dass du nicht
deine Augen verlierst.
Und kritisier ja nicht Herrn Ackermann.
Er sperrt dir den Dispo
und wovon lebst du dann?

In diesem Lande,
das ich Nazis nicht gönn,
helfen die Armen den Reichen,
dass sie gut leben könn'.
In diesem Lande,
das sing ich Euch zum Schluss,
ist es Zeit, dass sich endlich
was ändern muss!

Günter Düring

Termine

7.11. **Programmkonvent**
Hannover

8.11. **16.00 Uhr Redaktion „Herzblatt“**
Geschäftsstelle

10.11. **10.00 Uhr AG Geschichte**
Geschäftsstelle

11.11. **17.00 Uhr „Alles Dummfug - oder was?“**
Eine Hommage ans Leben
Lyrik mit Karl-Heinz Wienke, Schriftsteller aus Cottbus
Christoph-Kolumbus-Schule
Muskauer Straße 1

15.11. **18.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle

19./20.11. **Aktivkonferenz Landesverband Brandenburg**
Teltow

22.11. **18.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle

24.11. **14.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung**
Stadthaus

25.11. **18.00 Uhr Kreisvorstand Lausitz**
Geschäftsstelle

27.11. **10.00 Uhr Buchlesung: „Konterspionage“**
mit Klaus Eichner und Gotthold Schramm
Brandenburger Hof
11.00 Uhr Bildungstag
Berlin, „ND“-Gebäude

29.11. **18.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle

30.11. **Wolfgang Neskovic, MdB, im Wahlkreis unterwegs**
17.00 Uhr Komitee für Gerechtigkeit
Geschäftsstelle

6.12. **14.00 Uhr IG Politische Bildung**
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle

8.12. **10.00 Uhr AG Geschichte**
Geschäftsstelle

9.12. **16.00 Uhr Vorweihnachtliche Veranstaltung**
mit der Heimatforscherin Dora Liersch
Christoph-Kolumbus-Schule,
Muskauer Straße 1

Wir gratulieren allen GenossInnen, die in den kommenden Tagen ihren Geburtstag feiern

November

zum 91. Herbert Berger (19.11.)

zum 90. Ursula Fahlberg (14.11.)
Gerda Kerstan (21.11.)

zum 88. Robert Krell (14.11.)

zum 87. Erna Olberg (12.11.)
Herbert Scheler (12.11.)
Alois Syniawa (28.11.)

zum 86. Leo Bigos (14.11.)
Günter Wilke (20.11.)

zum 84. Karl Winkler (30.11.)

zum 83. Georg Kumpf (6.11.)
Wolfgang Haufe (8.11.)

zum 82. Hildegard Hampel (2.11.)
Dolly Rädisch (10.11.)
Christfried Israel (11.11.)
Katharina Kluge (12.11.)

zum 81. Paul Schwarz (3.11.)
Heinz Thomalsky (6.11.)
Manfred Georgi (20.11.)
Ruth Weber (28.11.)

zum 80. Werner Didzuhn (8.11.)
Inge Didzuhn (25.11.)

zum 60. Ulrich Neidhardt (10.11.)

zum 40. Klaus Munk (26.11.)

zum 30. Juliane Schömmel (25.11.)

Dezember

zum 93. Gerda Juretschka (1.12.)

zum 88. Albert Enke (11.12.)

zum 86. Käte Gross (5.12.)
Marga Schnelle (12.12.)

zum 85. Siegfried Glona (8.12.)

zum 82. Gerda Twardawsky (2.12.)
Oskar Worrack (12.12.)

zum 81. Werner Hunger (6.12.)

zum 80. Christa Enke (1.12.)

zum 70. Klaus Wetzke (7.12.)
Karl Geisler (11.12.)

zum 50. Mathias Kroll (15.12.)

NACHRUF

Wir trauern um unseren Genossen
Werner Kehl
Noch immer fällt es schwer, zu verstehen, dass er nicht mehr bei uns ist. Verantwortungsbewusst leitete er seine Basisorganisation.
In Erinnerung wird er uns aber vor allem als Diensthabender in der Geschäftsstelle unserer Partei bleiben. Er war Ansprechpartner für Genossen und Sympathisanten, Organisator der alltäglichen Aufgaben, ein Mitstreiter, auf den man sich unbedingt verlassen konnte. Er fehlt uns, das spüren wir in vielen Situationen.

DIE LINKE. Lausitz

Impressum

Herausgeber:
DIE LINKE. Lausitz, Kreisvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: André Groß

Redaktion: Annely Richter, Horst Wiesner

E-Mail: *herzblatt@linkspartei-cottbus.de*
homepage: **www.dielinke-lausitz.de**

Redaktionsschluss Dezember-Ausgabe:

20. November